

CHRONIK DER ZEIT

Die Schatten der Vergangenheit

Eine Anzahl von Ereignissen in und außerhalb Deutschlands hat die Schatten der Vergangenheit erneut heraufbeschworen und die Frage nachdrücklich gestellt, ob die Dämonen vergangener Zeiten schon überwunden sind.

Die Geschehnisse mögen sich in einzelnen Fällen scheinbar widersprechen. Insgesamt aber bringen sie zum Bewußtsein, daß die Erde unter der Oberfläche noch nicht aufgehört hat zu beben und daß unterirdische Kräfte noch immer am Werk sind. Die Gefahren sind mitunter konkret gar nicht zu fassen. Ihr Ausmaß und ihr Gewicht ist oftmals nur zu vermuten. Gerade das aber ist die eigentliche Gefahr, daß all diese Kräfte dunkel und rätselhaft sind. Ihre Unbestimmtheit, ihre Unfaßbarkeit und ihre Nebelhaftigkeit machen aus ihnen erst die Bedrohung. Sie sind oft wie Schatten in der Nacht. Mancher Griff in diese Nacht hinein wird Erfolg bringen, mancher wird und muß danebengehen. Der endgültige Beweis für das Vorhandensein echt revolutionärer Bewegungen ist immer ihre Machtergreifung und der Umsturz selber. Dann aber ist es zu spät. Der Hochverrat ist das einzige Vergehen, bei dem nur der Versuch strafbar ist. Der geglückte Hochverrat ist kein Verbrechen mehr, er macht vielmehr den Ankläger von gestern zu dem Angeklagten von heute.

Es kann daher nicht immer gesagt werden, welche tatsächliche Bedeutung den Vorgängen zukommt, von denen wir sprechen. Unerörtert möge auch bleiben, welche politischen Absichten zuweilen mit ihrer Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick verfolgt wurden. Das Spiel, das mit einigen dieser Tatsachen getrieben wurde und wird, macht sie nur um so beunruhigender und unheimlicher.

Die Geschehnisse, an die wir denken, sind die Verhaftung ehemaliger nationalsozialistischer Führer durch die englischen Behörden in Deutschland, die Veröffentlichung einer Rundfrage durch amerikanische Stellen, wonach ein hoher Prozentsatz der Deutschen noch immer dem Nationalsozialismus zuneige, das Verbot des Bundes deutscher Jugend (BdJ) in einigen deutschen Ländern, die Anklage gegen jüdische Ärzte in der Sowjetunion, die Flucht des Chefs der Staatskanzlei der Ostzonenregierung, *Zuckermann*, nach dem Westen, die Anklage und Verhaftung hoher Würdenträger in der Ostzone (des Wirtschaftsministers und des Außenministers) und die Massenflucht aus der Ostzone in den deutschen Westen.

Nazikommunismus ?

Die Geschehnisse ergeben eine Einheit. Denn das bewußte und unbewußte Zusammenspiel

der nationalsozialistischen Kreise und des Kommunismus schält sich immer deutlicher heraus. Das Zusammenspiel war immer da, selbst dann, als sich Hakenkreuz und Hammer und Sichel auf Tod und Leben zu befehlen schienen.

während des russischen Vormarsches auf Warschau im Jahre 1920 machten sich nach dem Zeugnis von *Lord d'Abernon*, dem damaligen Botschafter Englands in Berlin, die Rechtskreise samt und sonders bereit, um der Roten Armee die Hände zu reichen. *Hitler* hat in seinen letzten Lebenstagen erklärt, daß er die Eroberung Deutschlands durch die bolschewistischen Heere der westlich-demokratischen Besetzung des deutschen Landes weit vorziehe. Er sah Moskau als seinen Erben und Testamentsvollstrecker an. Daß die deutschen Rechtskreise im Augenblick ihr Stichwort vielfach aus Moskau beziehen, ist in der letzten Zeit immer offenkundiger geworden — so auch durch das „Militärpolitische Forum“, das einem Herrn von *Reichenau* Gelegenheit gab, für die Politik von Tauroggen zu werben, jener Politik, die ihren Namen danach trägt, daß in Tauroggen der preußische General Yorck sich gegen den „korsischen Bedrücker“ mit den zaristischen Armeen verband. Der Antisemitismus des Sowjetraumes ist anders geartet als der des Dritten Reiches. Die sowjetische Ideologie hat keine Möglichkeit, zu einem rassenmäßigen Antisemitismus zu gelangen. Die Massen im Osten aber werden so feine Unterscheidungen nicht machen. Für die nationalsozialistischen Rückstände in Deutschland und in Mitteleuropa genügt wohl auch der vertraute Ton von einst. Es gibt einzelne englische Äußerungen, daß man die Restorganisation des Nationalsozialismus als eine Fünfte Kolonne des Ostens empfindet.

Ist das deutsche Volk nationalsozialistisch?

Auf die Verhaftung der nationalsozialistischen Führer durch die Engländer folgte wenige Tage darauf die Veröffentlichung der Rundfrage durch die Amerikaner. Es war schwer, nicht an eine Vertrauenskrise bei den angelsächsischen Mächten zu denken. Bei den Franzosen beschwört der Oradour-Prozeß ohnehin die alte Furcht der Franzosen auf eine ganz elementare Weise. Englische und amerikanische Stellen haben beschwichtigt. Die amerikanischen Behörden in Deutschland sind von der Umfrage abgerückt. Der englische Außenminister *Eden* hat erklärt, daß die Maßnahme gegen die nationalsozialistischen Führer kein Mißtrauensvotum gegen die Bundesrepublik darstelle. Eine Warnung aber stellten die beiden Geschehnisse trotzdem dar — ob gewollt oder ungewollt, ob bewußt oder unbewußt —, eine Warnung, daß man die dunklen Möglichkeiten im deutschen Leben und in der deutschen Politik nicht aus dem Auge verlieren solle.

Daß die Rundfrage ein getreuliches Abbild der inneren Haltung des deutschen Volkes darstelle, das wird von nahezu niemand behauptet. Würde das Ergebnis der Rundfrage wirklich stimmen, dann hätten ja die großen Parteien Deutschlands kein Recht mehr, als Wortführer des deutschen Volkes aufzutreten. Denn das Ergebnis der Rundfrage läuft ja dann im Grunde darauf hinaus, daß die großen anerkannten legitimen politischen Parteien in Deutschland so gut wie keinen Anhang haben. Gegen die Technik der Befragung können erhebliche Einwände erhoben werden. Wie man in den Wald ruft, so hallt es wider. Immerhin macht die Befragung offenkundig — das ist ihr sachliches Ergebnis —, daß die Ablehnung des Nationalsozialismus durch das deutsche Volk (in großen Teilen der Nation wenigstens) nicht elementar, heftig und eindeutig ist. Die Befragter mögen viel mißverstanden haben. Aber was ganz klar ist, wird selten mißverstanden.

Wessen Sache?

Bedauerlich bleibt — wessen Schuld das auch immer ist —, daß durch die beiden Geschehnisse die Besatzungsmächte wieder eine auffallende Prominenz bei der Abwehr gegen den Nationalsozialismus erhalten haben. Die Entnazifizierung ist zum großen Teil daran gescheitert — daß sie gescheitert ist, das beweist sowohl die Rundfrage als auch die Aktion der Engländer gegen die nationalsozialistischen Führer —, daß die deutschen Massen zuweilen argwöhnten — häufig zu Unrecht, manchmal mit einem Schein von Recht und manchmal mit einem gewissen Recht —, daß die Anklagen gegen den *Nationalsozialismus* dazu dienen, Maßnahmen gegen das deutsche Volk zu legitimieren. Es gibt hier eine Wechselwirkung, und die Reihenfolge ist nicht immer ganz eindeutig und klar. Die westliche Politik gegenüber Deutschland versteift sich zuweilen, weil sich nationalsozialistische Regungen zeigen. Man glaubt aber auch gerne an nationalsozialistische Regungen, wenn man die Politik gegenüber Deutschland aus irgendwelchen Gründen und irgendwelchen Überlegungen schärfer gestalten will. Es ist sicherlich im vorliegenden Fall sehr fraglich, ob mit der alliierten Aktion gegen die Nationalsozialisten und gegen den Nationalsozialismus Absichten verbunden waren, die mit dem Nationalsozialismus unmittelbar nichts zu tun haben. Mindestens liegen diese Absichten nicht auf der Hand, und sie müssen von der öffentlichen Meinung mühselig und meist wenig überzeugend konstruiert werden. Eine Aktion der Deutschen selbst gegen den Nationalsozialismus ist sicherlich zehn der Alliierten wert.

Eine gewisse Belastung liegt auch darin, daß die Aktion gegen die nationalsozialistischen

Persönlichkeiten auf Grund des Besatzungs- und eines Ausnahmerechts erfolgt sind. Die Betroffenen werden eines noch fließenden und unumrissenen Tatbestandes beschuldigt. Vielleicht kann man einem solchen gegenüber überhaupt nur auf Grund eines elastischen und unbestimmten Ausnahmerechts handeln, wie es der Besatzungsmacht zu eigen ist. Wie die Deutschen in solchen Fällen vorgehen könnten — wenn sie einmal ausschließlich Herren in Deutschland sind —, ist noch ganz schwer zu überschauen. Die Uneinheitlichkeit des Vorgehens gegenüber dem BdJ, der durch seine Partisanenneigungen so unliebsames Aufsehen in Deutschland, und, in der Welt erregt hat, zeigt ja, wie unbestimmt, unklar und undeutlich die Handlungsmöglichkeiten des deutschen Volkes und des deutschen Staates gegenüber den revolutionären Bestrebungen von rechts und links sind. Das Recht der Staatsnotwehr ist noch kaum entwickelt.

Ausfuhr der überzähligen

Daß die politische Zerreißprobe im Westen Deutschlands kein Kinderspiel bleiben wird, dafür sorgt schon der Osten mit seinem Druck. Die Flucht des Chefs der Staatskanzlei, Zuckermann, die Festnahme des Wirtschaftsministers und die Verhaftung des Außenministers, die Verfolgungswelle, die über die Ostzone hinweggeht, offenbaren, daß die Sowjetzone sich noch immer in einer revolutionären Wandlung und inmitten von nach allen Seiten ausstrahlenden Spannungen befindet. Es gibt aber auch Beweise dafür, daß den Machthabern in der Sowjetzone die Massenflucht nach dem Westen gar nicht so ungelegen kommt. Auf jeden Fall verschärft sie die sozialen Probleme und erhöht die wirtschaftlichen Lasten Westdeutschlands. Die Massenflucht bringt unklare politische Elemente nach Westdeutschland. Sie ist für den Osten ein Mittel, sich asozialer Elemente zu entledigen. Besonders drückend und schwer ist ja in der Sowjetzone die Lage für alle diejenigen, die nicht in den Produktionsprozeß eingegliedert sind, so wie ihn der Osten versteht. Es sind also dies die Elemente, die irgendwie vom Staat oder der Gemeinschaft unterstützt werden müssen. Das Regime des Ostens aber ist ein unsoziales Regime. Es ernährt nur den, der arbeitet und arbeiten kann. Die sozial Schwachen flüchten am schnellsten vor der Not und dem Hunger, der ihr Los drüben ist. So ist die Massenflucht nach dem Westen ein für die Sowjetzone willkommenes Mittel, sich aller sozialen Verantwortung und Lasten zu entledigen. Selbstverständlich hat der Westen nahezu keine andere Wahl, als die Massen derer aufzunehmen, die nach dem Westen strömen. Aber jedermann ist sich klar darüber, daß unendlich viel zweifelhafte Elemente durchgeschleust werden und durch-

geschleust werden müssen — von den Agenten abgesehen, die bewußt von den Sowjets nach dem Westen herübergeschickt werden. Nicht einmal den kommunistischen Renegaten wird es schwermacht, zu fliehen. Bald wird man in Westdeutschland eine Partei der Renegaten gründen können. Aber die Machthaber drüben wissen, daß diese unklaren politischen Elemente Spannungen und Ungewißheiten nach dem Westen tragen. Die echten Flüchtlinge, die Flüchtlinge vor Not und Verfolgung, sind von den anderen kaum zu unterscheiden, die sich fortstehlen, um ein Abenteuer zu suchen oder lästige Bindungen (sei es sozialer oder ehelicher Art) abzustreifen.

Die Abgründe an unseren Grenzen und mitten unter uns sind noch offen. Es wird noch großer politischer, geistiger, sozialer und wirtschaftlicher Anstrengungen bedürfen, um sie zu schließen.

Big business am Ruder

Die verfassungsmäßige Praxis in den USA, neu zu ernennende Minister einem Verhör im Senat zu unterziehen, hat recht Wesentliches dazu beigetragen, das soziologische Gefüge der Eisenhower-Regierung und der herrschenden Klassen in den USA überhaupt offenzulegen. Der neue Präsident hatte *Charles E. Wilson*, bis zu seiner Ernennung Direktor bei den General Motors, der großen amerikanischen Autofirma, zum Verteidigungsminister ernannt. Die General Motors sind aber weitgehend in das Rüstungsprogramm der USA eingespannt. Gegen die Ernennung Wilsons wurde daher ein altes Gesetz angezogen, daß niemand in den USA ein Staatsamt innehaben dürfe, der gleichzeitig Interessen an einer Firma habe, an die Staatsaufträge gehen.

Die persönlichen Verhältnisse Wilsons stellen sich in dem Verhör des Senats als wie folgt heraus: Er bezieht ein Gehalt von 200 000 Dollar im Jahr und hat Anspruch auf einen Bonus kraft eines Gewinnbeteiligungsplanes der General Motors. Der Bonus kann im günstigen Fall etwa 200 000 Dollar und 600 Aktien der Gesellschaft betragen (der augenblickliche Wert einer Aktie der General Motors ist rund 68 Dollar, die Aktien haben also zusammen einen Wert von ungefähr 40 000 Dollar). Im günstigsten Fall bezog also Mr. Wilson ein Jahreseinkommen von 440 000 Dollar. Er besitzt etwa 40 000 Aktien der General Motors im Wert von 2,7 Millionen Dollar, seine Frau etwa 10 000 Aktien der General Motors. Der Gesamtaktienbesitz des Ehepaares wird auf etwa 5 Millionen Dollar veranschlagt.

Charles E. Wilson bringt also zweifelsohne ein großes Opfer, wenn er ein Staatsamt über-

nimmt. Der Sog der Großwirtschaft gegenüber den Eliten ist also in den USA noch größer als anderswo. Das Großkapital hat unendlich viel mehr Möglichkeiten, Männer von Rang und Fähigkeit zu besolden und zu gewinnen. Wilson hat sich entschlossen, seinen Aktienbesitz an General Motors abzustoßen, mit Ausnahme von vielleicht 20 vH, die auf die Kinder und drei Enkelkinder überschrieben werden sollen. Für den ihm zustehenden Bonus will er eine Barabfindung vereinbaren, weil natürlich der Bonus sehr von der Geschäftslage der Firma und diese wiederum von ihren Staatsaufträgen abhängt. Der Senat hat keine Einwendungen dagegen erhoben, daß Frau Wilson Besitzerin von Aktien der General Motors in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaße bleibt. Das ist wohl zweifelsohne eine Inkonsequenz. Die Rüstungspolitik der Regierung könnte noch immer — rein objektiv und auch ungewollt — die Vermögenslage des Ministers beeinflussen. Der neue Verteidigungsminister hat erklärt, daß er den Erlös für die Aktien als reines Bankkonto anlegen wolle. Er möchte keine anderen Aktien dafür kaufen, weil jede Investierung möglicherweise einmal einen Gewissenskonflikt heraufbeschwören könnte. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der USA ist dadurch in einer blitzartigen Weise erhellt worden.

1. Die Art der Auslese für ein Staatsamt ist sichtbar geworden. In den USA ist der Übergang aus dem sozialen in das politische Leben, aus der sozialen und wirtschaftlichen Stellung in ein Staatsamt, unendlich viel häufiger als bei uns. Daß ein Wirtschaftsführer ohne Übergang und ohne vorherige politische Betätigung Verteidigungsminister wird, wäre auf dem ganzen europäischen Kontinent ungewöhnlich.

2. Die Tatsache ist sehr nachdrücklich beleuchtet worden, daß das Personal der Regierung *Eisenhower*, soweit es aus dem sozialen Leben rekrutiert wurde, vorwiegend den Kreisen des Kapitals entstammt. Der Senat hatte noch mehrere Fälle zu prüfen, die ähnlich gelagert waren wie der von Mr. Wilson.

3. Die Staatsabhängigkeit der Wirtschaft ist in einem verblüffenden Ausmaße sichtbar geworden. Die Verflechtung von Wirtschaft und Staat ist auch in den USA eine geschichtliche Tatsache, das hat der Fall Wilson dargelegt. Kein Minister kann praktisch noch eine Aktie kaufen, ohne daß er möglicherweise in einen Gewissenskonflikt gerät, so hat er es zuletzt gesagt (im Trotz, weil er zuerst das Verlangen, seine Aktien abzustoßen, als Unterstellung zurückwies, er könne sich je durch seinen Aktienbesitz in seiner Ministertätigkeit beeinflussen lassen!).

Das Weltmoment wurde dadurch deutlich gemacht.

PROF. DR. MICHAEL FREUND